



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)
Drucksache 19/5237**

Inhalt des Antrags: **Programm gegen Linksextremismus**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 7

Bezeichnung lt. Leistungsplan Gefahrenabwehr

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan 2018:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	38.168,8	+200,0	38.368,8
Eigene Erlöse	2.266,7		2.266,7
Produktabgeltung	35.902,1	+200,0	36.102,1

Leistungsplan 2019:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	41.667,8	+200,0	41.867,8
Eigene Erlöse	2.273,0		2.273,0
Produktabgeltung	39.394,8	+200,0	39.594,8

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der Landtag hat am 16. November 2016 eine umfangreiche Anhörung zum Linksextremismus in Hessen durchgeführt. Der weit überwiegende Teil der geladenen Experten hat hierbei ausgeführt, dass sowohl das Personenpotential als auch die Gewaltbereitschaft der linksextremen Szene in Hessen erheblich sind. Insbesondere sei zu beobachten, dass nicht nur die Hemmschwelle für Gewalttaten gegen politisch Andersdenkende, vor allem aber auch gegen Polizeikräfte als Vertreter des Staates und sogar Rettungskräfte - wie etwa bei den Blockupy-Krawallen 2015 - zunehme, sondern Gewalt überdies immer mehr zum "Selbstzweck" werde.

Dem gegenüber ist festzustellen, dass es derzeit in Hessen keine gezielten, spezifisch auf die Gruppe linksautonomer Gewalttäter gerichtete Präventions- und Deradikalisierungsprogramme gibt. Während der weit überwiegende Teil der Mittel für Extremismusprävention in die wichtige Arbeit des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus (HKE) in die Bereiche Salafismus-/Islamismus (Violence Prevention Network - VPN) und

Rechtsextremismusprävention (u.a. Mobile Intervention, Programm "Rote Linie - Hilfe zum Ausstieg vor dem Einstieg", außerdem in das Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus - IKARus) fließt, findet Präventionsarbeit gegen Linksextremismus nur am Rande über allgemeine Demokratiebildung, nicht jedoch durch konkrete Arbeit mit linken Gewalttätern statt. Da jedoch auch hier strukturelle Präventions- und Deradikalisierungsarbeit dringend geboten ist, die Mittel für die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus/Salafismus auf der anderen Seite in keinem Fall gekürzt werden sollen, müssen zusätzliche Mittel für die Entwicklung eines spezifischen Programms gegen Linksextremismus unter dem Dach des Demokratieentrums Hessen eingestellt werden. Sowohl bei der Präventionsarbeit als auch bei der Verfolgung und Ahndung von Straftaten darf es keinen Unterschied machen, welche fehlgeleitete radikale Weltanschauung zugrunde liegt.

Wiesbaden, 28.11.2017

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

René Rock